

Ölwechsel jetzt!

Fahrplan für einen klimaschonenden Umbau der energieintensiven Speiseölindustrrie in Deutschland

Juni 2024



Die sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung entwickelt sich zu einer entscheidenden Standortfrage deutscher Industriepolitik. Für die betroffene Ölmühlenindustrie steht fest: Kurzfristig müssen Kompensationen bei Gas und Strom die hohen Energiekosten abfedern, um internationale Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen und Leakage-Effekte zu verhindern. Mittelfristig braucht es einen umfassenden Maßnahmenkatalog, der das Energieangebot auf eine breite Grundlage stellt, nachhaltige Infrastrukturen und Speicherkapazitäten schafft und ein Innovations- und Investitionsklima generiert, das den klimaschonenden Umbau von prozesswärmeintensiven Branchen wie den Ölmühlen ermöglicht. Die Branche steht bereit, den notwendigen klimaschonenden Transformationsprozess entschlossen voranzutreiben.

Wettbewerbsfähige und stabile Energiepreise

Wettbewerbsfähige Energiepreise sind unabdingbar, um Deutschland für Unternehmen attraktiv zu halten. Aus Sicht einer energieintensiven Branche müssen kurzfristig bei folgenden Herausforderungen Lösungen gefunden werden:

- Für prozesswärmeintensive Unternehmen wie die Ölmühlen sind Gaspreise ein erheblicher Standortfaktor, da der Energiebedarf zur Verarbeitung von Ölsaaten zu etwa 75 Prozent erdgasbasiert ist. Der **Wegfall des Spitzenausgleichs bei Gas** trifft die Branche ins Mark: Er belastet prozesswärmeintensive Unternehmen stärker, als die Senkung der Stromsteuer im Strompreispaket der Bundesregierung vom November 2023 entlastet.

› Für den seit 1. Januar 2024 weggefallenen Spitzenausgleich bei Gas im Energiesteuergesetz bedarf es dringend einer Folgeverordnung, die die Wettbewerbssituation der betroffenen Unternehmen berücksichtigt.

- Die **Senkung der Stromsteuer** auf das europäische Mindestmaß von 0,05 Cent je Kilowattstunde begrüßt OVID. Die im Strompreis-Paket von November 2023 getroffene Absenkung soll jedoch nur bis einschließlich 2025 gelten. Eine Verlängerung zwischen 2026 und 2028 ist abhängig von der Gegenfinanzierung im Bundeshaushalt. Unternehmerische Investitionsentscheidungen erfordern einen weitaus längeren zeitlichen Horizont.

› OVID fordert die Aufhebung der Befristung. Die Höhe der Stromkosten ist für den Erfolg der klimaschonenden Transformation des deutschen Wirtschaftsstandortes von grundlegender Bedeutung.

- In Krisenzeiten schaffen Energiepreissubventionen für stark abwanderungsgefährdete Branchen kurzfristig Abhilfe. Im November-Paket 2023 sind **Strompreiskompensationen** für knapp 350 energieintensive Unternehmen eingeplant. Die Ölmühlen als systemrelevante Säule der Ernährungswirtschaft finden bisher keine Berücksichtigung, obwohl die Ölsaatenverarbeitung gemäß einschlägiger gesetzlicher Kriterien (BEHG & EU-ETS & KUEBLL) energieintensiv, handelsintensiv und abwanderungsbedroht ist. Es besteht eine konkrete Gefahr der Verlagerung der Branche ins Ausland (Carbon Leakage-Risiko), die sich aus den über den Strompreis weitergereichten CO₂-Kosten und die Handelsintensität ergibt.

› OVID fordert die behördliche Überarbeitung der Liste berechtigter Sektoren und folglich die Aufnahme des Wirtschaftszweiges der Produktion von Ölen und Fetten (NACE-Code 10.41).

Maßnahmen für die Transformation prozesswärmeintensiver Branchen

Eine kurzfristige Abfederung von hohen Energiekosten darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Dekarbonisierung der Industrie an langfristigen Strukturen einer gesicherten Energieversorgung ansetzen muss. Die Ölmühlen bekennen sich zu den bestehenden politischen Klimaschutzziele und stehen bereit, Maßnahmen durchzuführen, um den notwendigen Transformationsprozess einer klimaschonenden Industrie zu unterstützen. Dies erfordert, dass insbesondere die Produktionsprozesse auf der Grundlage nicht fossiler Energieträger elektrifiziert werden. Hierfür sind folgende Weichenstellungen unerlässlich:

- Die energieintensiven Ölmühlen müssen in bestehenden **Programmen zur energetischen Transformation** der Industrie am Standort Deutschland berücksichtigt werden. OVID begrüßt, dass die Bundesregierung etwa den Umbau der Prozesswärme mit Programmen wie der Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz (EEW) unterstützt. Für eine wirkungsvolle, anreizorientierte und nachhaltige Förderung braucht es:
 - klare, verlässliche, technologieoffene und langfristige Beihilfen
 - eine unkomplizierte und zügige Genehmigungsstruktur der Behörden und
 - einen behördlichen und bürokratischen Aufwand mit Augenmaß.
- Die Bundesregierung muss dringend das **Angebot an verfügbarer Energie** erhöhen, um Unternehmen am Standort Deutschland wettbewerbsfähige Energiepreise zu ermöglichen. Dazu gehört der massive und unverzügliche Ausbau erneuerbarer Energien. Zur Erreichung konkurrenzfähiger Energiepreise sollte der Einsatz konventioneller Energieträger nicht kategorisch ausgeschlossen werden.
- Für eine dauerhaft sichere Energieversorgung ist ein **tragfähiges Zukunftskonzept der Bundesregierung** erforderlich. Der zügige Ausbau der erneuerbaren Energien muss Hand in Hand gehen mit der leistungsfähigen Ausweitung von Netzinfrastruktur, Speicherkapazitäten sowie Backup-Kraftwerken. Die Einigung auf eine Kraftwerksstrategie im Februar 2024 ist ein erster pragmatischer Schritt auf dem Weg dahin.
- Es braucht kluge Konzepte und Anreize, die auch die Dynamik von Industrieprozessen einbeziehen. Ein Ansatz könnte z. B. die Stabilisierung der Energienetze über variable Energieverbräuche sein. Ölmühlen und Pflanzenölraffinerien arbeiten das ganze Jahr rund um die Uhr. Als große Energieabnehmer können sie durch gezielte Einbindung in intelligente Stromnetze Spitzen beim Energieverbrauch abfedern (**Lastmanagement**).

- Um dieses Potential auszuschöpfen, müssen jedoch entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden: **Netzentgelte und Leistungspreise** müssen angepasst werden, um bestehende Kraftwerke in Industrieanlagen als Teil der Regelenergie und des intelligenten Netzmanagements zu erschließen. Insbesondere **individuelle Netzentgelte** (gem. § 19 Abs. 2 StromNEV) sollten über 2028 hinaus verlängert werden. Problematisch ist, dass das bisherige System der Netzentgelte die konstante Stromabnahme belohnt. Das stellt die Pufferfähigkeit von Kraftwerken und die flexible Preisgestaltung vor erhebliche Barrieren. Die Teilnahme am Regelmarkt muss ökonomisch sinnvoll bleiben.
- Aus Sicht der Ölmühlenindustrie kann grüner **Wasserstoff** künftig ein erhebliches Potential für die klimafreundliche Bereitstellung von Prozesswärme entwickeln. Derzeit scheitert der Einsatz dieser Technologie bei den langfristigen Investitionsentscheidungen aufgrund der wirtschaftlichen Darstellbarkeit und Verfügbarkeit. Eine Kostensenkung annähernd auf das Niveau fossiler Brennstoffe ist unerlässlich, damit die Umstellung auf CO₂-neutrale Energieträger gelingt.
- Für den klimaschonenden Umbau ganzer Industriezweige braucht es eine **langfristige Investitions- und Innovationspolitik**, die den Wirtschaftsstandort Deutschland sichert, indem sie Planungs- und Investitionssicherheit für Unternehmen liefert. Neue Förderinstrumente und praxisnahe Forschungsmaßnahmen zur **Elektrifizierung von Prozesswärme** (z. B. Wärmepumpe im industriellen Maßstab) sind aus Sicht der Ölmühlen zwingend erforderlich, um eine klimaschonende Transformation prozesswärmeintensiver Branchen am Standort Deutschland voranzubringen.

OVID Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e. V.

OVID vertritt als Verband die Interessen der ölsaatenverarbeitenden und ölraffinierenden Unternehmen in Deutschland. Die Kernaufgabe der 19 Mitgliedsfirmen ist die Verarbeitung von Ölsaaten und Pflanzenölen zu Produkten für die Lebensmittelindustrie, die Bioökonomie, die Oleochemie, die technische Verwendung und für die Bioenergie. Als Verband ist OVID Schnittstelle zwischen seinen Mitgliedsunternehmen, politischen Entscheidungsträgern, Wirtschaft, Wissenschaft und Institutionen sowie Medien und der Öffentlichkeit. Sitz des Verbandes ist Berlin, in Brüssel ist OVID über den europäischen Verband FEDIOL vertreten. OVID ist im Lobbyregister unter R001512 registriert.

www.ovid-verband.de